

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

127 (9.5.1921) Erstes Blatt

Wochenpreis: ...  
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle  
Bitterstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Die 9. u. 10. Nonpareil-Blätter  
oder deren Raum a) total  
1,40 Mk. b) auswärts 1,60 Mk.  
Jahrespreis 6.— Mk. an  
erster Stelle 6,50 Mk.  
Abonn. nach Tarif.  
Anzeigen-Annahme  
bis 12 Uhr mittags.  
Kleinerer Anzeigen bis 10 Uhr  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Fernsprechanruf: Nr. 203.  
Verlag Nr. 297.  
Schriftleitung Nr. 20 u. 804  
Gaußstraße Nr. 277

## Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

## Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Martin Solsinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Karl Fohr und Hermann Weid; für Inserate: Heinrich Carrière. Druck und Verlag: G. B. Müllerische Hofbuchdruckerei m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Bredtstraße 65/66. Telefon-Nr. 8022. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfäulen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 127. Montag, den 9. Mai 1921. Erstes Blatt.

### Die neue Schlichtungsordnung.

Von Gustav Hermann.

Unser zerrüttetes Wirtschaftsleben erfordert die Durchführung einer größeren Schlichtungsordnung. Sind wir jemals schon durch die Maßnahmen der Entente an dem Gange und Jangange unserer Wirtschaft behindert, so wird dieses Hindernis umso fühlbarer, je weniger es gelingt, die Arbeitsunterbrechungen durch Streiks, besonders durch wilde Streiks, und durch Aussperrungen einzuschränken. Es war eine Forderung der Deutschen Demokratischen Partei, die sie bei der Beratung des Vertriebsgesetzes mehrfach und eindringlich erhob, daß eine Schlichtungsordnung zum Gesetz erhoben werden müsse, die, ohne Beeinträchtigung des Streikrechts an und für sich, das Umfängliche von planlos und mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen in Widerspruch stehenden Arbeits-einstellungen durch geeignete Verkündigungs-einrichtungen verhüten und die Möglichkeiten schaffen sollte, die streikenden Parteien rechtzeitig an den Verhandlungstisch zu bringen. Das entspricht auch durchaus dem Wunsch der großen Masse jener Arbeitnehmer, denen es leid ist, sich von einzelnen wütenden und verantwortungslosen Elementen bevormunden zu lassen, deren ganzer Wille sich in einem schier unheilbaren Bortradikalismus erschöpft und denen jedes Mittel recht ist, um ihre „revolutionären“ Gedanken in die Tat umzusetzen.

Schon vor längerer Zeit wurde vom Reichsarbeitsministerium der Entwurf einer Schlichtungsordnung bekanntgegeben, der dann Gegenstand eingehender Beratungen zwischen Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände war. Als Ergebnis dieser Beratungen ist nun im Reichsarbeitsblatt ein neuer Gesetzesentwurf veröffentlicht worden, der sich vor dem ersten Entwurf vom 15. Mai 1920 durch seine Kürze auszeichnet. Während der erste Entwurf auf 128 Paragraphen zusammengefaßt worden, wobei allerdings einzelne Paragraphen des ersten Entwurfs zu einem Paragraphen im neuen Entwurf vereinigt sind. Aber auch inhaltlich ist manches Ueberflüssige, zum Teil Selbstverständliche entfernt worden.

Der Aufbau der Schlichtungseinrichtungen in Eingangsämtern, Landeseingangsämtern und Reichseingangsamt ist unverändert geblieben. Die Eingangsämter sollen für den Bezirk über unteren Verwaltungsbehörde errichtet werden, die Landeseingangsämter für jedes Land, wobei mehrere Länder für ihre Gebiete oder bestimmte Bezirke ein gemeinsames Landeseingangsamt errichten können. Für das ganze Reichsgebiet wird ein Reichseingangsamt mit dem Sitz in Berlin errichtet. Zuständig ist in erster Linie das bezirkliche Eingangsamt, wenn man es zum Unterschied vom Landeseingangsamt so nennen darf, für Streitigkeiten, in deren Bezirk die beteiligten Arbeitnehmer beschäftigt sind. Das Landeseingangsamt soll in Funktion treten, wenn die an dem Streit beteiligten Arbeitnehmer im Bereich der Zuständigkeit mehrerer Eingangsämter beschäftigt sind, und das Reichseingangsamt tritt in Tätigkeit, wenn sich der Streit auf den Bereich mehrerer Landes-eingangsämter erstreckt. Im Gegensatz zu dem ersten Entwurf stellt der neue die vereinbarten Schlichtungsstellen in den Vordergrund und nicht die behördlichen. Das ist zweifellos eine Verbesserung, weil besonderes Gewicht darauf gelegt werden muß, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Weg freiwilliger Uebereinkommens ihre Angelegenheiten zur Beilegung von Streitigkeiten selbst regeln. Das ist bereits in zahlreichen Tarifverträgen festgelegt, ja man kann sogar noch weiter gehen und mit gutem Recht behaupten, daß ein Tarifvertrag, der über Schlichtungseinrichtungen nichts enthält, einen wesentlichen Teil seiner Aufgaben außer acht läßt. Sind solche tariflichen Abmachungen nicht vorhanden, können sie ihren Zweck nicht erfüllen und verlangen sie, dann fällt die Aufgabe der Streit-schlichtung den behördlichen Stellen zu, deren Kosten zu zwei Dritteln vom Reich und zu einem Drittel von den Ländern zu tragen sind. In dem ersten Entwurf war vorgesehen, daß die Revisionskammern bei den Landeseingangs-ämtern neben den Beisitzern aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkreisen auch noch aus zwei richterlichen Beisitzern bestehen sollten. Der neue Entwurf läßt die zwei richterlichen Beisitzer fort, er bestimmt jedoch, daß ein Beisitzer die Befähigung zum Richteramt haben muß, sofern nicht der Vorsitzende selbst diese Eigenschaft besitzt. Auch das wird von den Arbeitnehmern als eine Verbesserung betrachtet.

Von ganz besonderer Bedeutung waren im ersten Entwurf die Bestimmungen, daß Aussperrungen und Streiks allgemein unzulässig sein sollten, bevor der Schlichtungsausschuß angezogen und entweder eine Einigung zustande gekommen oder ein Schiedsspruch gefällt sei. Das ist auch in den neuen Gesetzesentwurf übernommen worden, dagegen ist nur für die Durchführung eines Streiks oder einer Aussperrung ein Unterschied gemacht worden zwischen gewerkschaftlichen Betrieben und solchen, die den Charakter der Gemeinnützigkeit nicht haben. Im ersten Entwurf war für beide Betriebsarten vorgeschrieben, daß nach erfolglosem Verlauf der Einigungsverhandlungen erst dann in einen Streik oder eine Aussperrung eingetreten wer-

den dürfe, wenn eine solche Maßnahme in geheimer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit beschlossen würde. Der neue Entwurf sieht diese Vorschrift jedoch nur für gewerkschaftliche Betriebe vor. Er kommt damit den Wünschen der Arbeitnehmerverbände entgegen, die den Gedanken vertreten, daß man das Streikrecht an sich nicht allzusehr einschränken dürfe, sondern daß man den Arbeitnehmern auch hierbei Bewegungsfreiheit lassen müsse. In den Satzungen der Gewerkschaften und Gewerkschaften sind allenthalben derartige Bestimmungen enthalten, deren Beobachtung von den Organisationsleitungen dauernd angestrebt wird. Was nun für die gewerkschaftlichen Betriebe gesetzlich eingeführt werden soll, ist nicht weiter als eine Uebertragung bereits bestehender und anerkannter Gewerkschaftsgrundsätze auf ein neues Gesetz. Hier bringt der neue Entwurf gegenüber seinem Vorgänger aber auch eine neue Vorschrift, wonach der Gewerkschaftsbeamte, in dessen Bezirk eine Abstimmung über das Eintreten in einen

Streik in gewerkschaftlichen Betrieben stattfindet, das Recht haben soll, bei dieser Abstimmung zuzugehen zu sein und die Ordnungsmäßigkeit zu prüfen. Zu diesem Zweck muß dem Gewerkschaftsbeamten rechtzeitig vorher über Ort und Zeit der Abstimmung Mitteilung gemacht werden. Ob eine solche Bestimmung wirklich den beabsichtigten Zweck erfüllen kann, ob sie nicht vielmehr nur neue Erbitterung in die Arbeitnehmermassen hineinzutragen geeignet ist, dürfte mindestens fraglich sein.

Nicht unwesentlich erscheint auch die im neuen Entwurf vorgenommene Änderung, wonach ein Schiedsspruch nicht von der Verwaltungsbehörde als allgemein verbindlich erklärt werden soll, wie es im ersten Entwurf festgelegt war, sondern von der übergeordneten Instanz, den Landes-eingangsämtern und dem Reichseingangsamt. Das scheint uns eine Verbesserung. Von dem ursprünglich in Aussicht genommenen Strafbestimmungen bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Schlichtungsordnung ist im neuen Entwurf nicht viel übrig geblieben. Verschärft ist jedoch die Strafandrohung für Offenbarung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, die von 1500 Mk. auf 5000 Mk. und von einer Haftstrafe auf eine Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten hinausgesetzt ist. Dagegen sind die Strafbestimmungen wegen Nichterfüllung bindender Schiedssprüche, wegen Einleitung unzulässiger Aussperrungen und Arbeits-einstellungen und dergleichen im neuen Entwurf nicht mehr enthalten. Man hat wohl mit gutem Recht der Erwägung Raum gegeben, daß mit Strafvorschriften nichts getan ist, wenn es nicht gelingt, die Moral zu wecken, die zur Einhaltung der Gesetze mahnt. Die eigentlichen Erbitterungen bleiben bekanntlich immer im Hintergrund; sie sind nicht zu fassen und leichtsinnige Verführer müssen dann büssen.

Der neue Entwurf einer Schlichtungsordnung liegt vor. Seine einzelnen Teile müssen nun geprüft werden und der Reichstag wird hoffentlich recht bald zu der Vorlage Stellung nehmen.

Der neue Entwurf einer Schlichtungsordnung liegt vor. Seine einzelnen Teile müssen nun geprüft werden und der Reichstag wird hoffentlich recht bald zu der Vorlage Stellung nehmen.

ist im neuen Entwurf nicht viel übrig geblieben. Verschärft ist jedoch die Strafandrohung für Offenbarung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, die von 1500 Mk. auf 5000 Mk. und von einer Haftstrafe auf eine Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten hinausgesetzt ist. Dagegen sind die Strafbestimmungen wegen Nichterfüllung bindender Schiedssprüche, wegen Einleitung unzulässiger Aussperrungen und Arbeits-einstellungen und dergleichen im neuen Entwurf nicht mehr enthalten. Man hat wohl mit gutem Recht der Erwägung Raum gegeben, daß mit Strafvorschriften nichts getan ist, wenn es nicht gelingt, die Moral zu wecken, die zur Einhaltung der Gesetze mahnt. Die eigentlichen Erbitterungen bleiben bekanntlich immer im Hintergrund; sie sind nicht zu fassen und leichtsinnige Verführer müssen dann büssen.

### Berschlimmerung der Lage in Oberschlesien.

6. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt:

Das Verhältnis der Parteien zur Frage: Ablehnung oder Annahme des Ententeultimatums ist auch am Sonntag noch so ungeläutert geblieben wie am Tag zuvor. Auch innerhalb der Parteien bestehen die Gegensätze in der Auffassung weiter; es scheint sogar, als hätten sie sich gerade innerhalb der Fraktionen verschärft. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Stimmung für Ablehnung des Ultimatums immer mehr durchdringt. Es verlautet, daß Dr. Stresemann für den Reichskanzlerposten in Frage kommen könnte; in diesem Falle würde ein Diplomat der Rechten das Außenministerium übernehmen. Diese Möglichkeit gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß weder das Zentrum noch der Abgeordnete Dr. Mayer, noch die Demokraten eine Verantwortlichkeit in ihren Reihen haben, die sich in der Frage der Kabinetsbildung in einer ähnlichen Art in den Vordergrund stellt wie Dr. Stresemann.

Je komplizierter die Gesamtlage wird, desto verwickelter scheint auch das oberschlesische Problem zu werden. Wenn nach einer Meldung auf der alliierten Vorkonferenz Vorläufe gemacht worden sind, alles Gebiet weislich der Ober- oder Ostpolen zu überlassen, die striktigen Gebiete aber einzuweisen noch in alliierte Verwaltung zu lassen, so wäre das ein Vorschlag, den Deutschland annehmen könnte, vielleicht annehmen müßte, der aber jedenfalls zur Vernichtung der erregten Bevölkerung Oberschlesiens diene, während der wieder nach Döbeln zurückgekehrte General Berond mit seiner unzweifelhaft deutschfeindlichen Politik sicher eher das Gegenteil erreicht. Soll aber zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen überhaupt noch eine Art von Vertrauen zu Abstimmungen sein, so dürfen jedenfalls solche Vorgänge wie die Begründung des Dehors Korfantsy sich nicht wiederholen, denn alle Bestrebungen über die Vorbereitung und die Ausdehnung des Aufstandes, gehen darin einig, daß der polnische Aufstand von langer Hand und nur bei völliger Unzulässigkeit der Alliierten so gut vorbereitet sein konnte. Sicher aber haben die meisten der alliierten Vertreter in Oberschlesien nicht unabsichtlich die längst notwendige Unterdrückung des aufkeimenden Aufstandes übersehen.

Die Interalliierte Kommission hat einen Beschluß gefaßt, daß Korfantsy ein kurzfristiges Ultimatum gestellt werde, daß alle fremden Polen Oberschlesien sofort verlassen müssen und daß jeder weitere Aufbruch standrechtlich verfolgt werde. Jedoch ist von einer Ausführung dieses Beschlusses nie etwas gehört worden, und darüber sind sich doch Engländer wie Franzosen so klar wie wir Deutschen, daß es zwecklos ist, diesen Aufbruch durch Verhandlungen belegen zu wollen. Jeder Versuch dazu ist von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

### Der Lagebericht.

m. Benthien, 8. Mai. Die Nacht verlief, abgesehen von einigen wilden Schießereien, ruhig. Die Stadt ist frei, die umliegenden Dörfer sind besetzt. Die Lebensmittelzufuhr hört. In Gleiwitz drang gestern abend gegen 7 Uhr ein Trupp von etwa 30 Insurgenten von Petersdorf her unter wilder Schießerei in die innere Stadt ein. Einige Häuser wurden beschädigt, mehrere Personen erlitten Verletzungen. Die Stadt wurde später von den Insurgenten gesäubert. Nach Mitteilungen der interalliierten Behörde wird Gleiwitz aus Döbeln Lebensmittel erhalten. Die Lage in Hindenburg ist unruhig. Das Zentrum der Stadt ist von Aufständigen frei. Gestern abend versuchten Insurgenten das Flüchtlingslager zu umstellen und auszurauben, mußten aber unerrückter Sache abziehen. Aus den übrigen Teilen Oberschlesiens ist zur Stunde mangels Meldungen keine Kunde zu erhalten.

kannt, daß diese Waffen aus Polen kommen. Es sei eine unerhörte Annahme, daß Korfantsy im Namen des oberschlesischen Volkes zu reden wage. Diese künstlich entfachte Bewegung werde getragen von den Soldaten Korfantsy, die mit Gewalt die friedliche Bevölkerung zu den Waffen und zur Teilnahme an dem verbrecherischen Putsch zwängen. Die interalliierte Kommission in Döbeln habe in ihrer Bekanntmachung vom 3. Mai anerkannt, daß der Putsch nur von gewissen Teilen der oberschlesischen Bevölkerung getragen sei. Selbst unter den heutigen Verhältnissen sei die überwiegende Mehrheit des oberschlesischen Volkes friedlich und arbeitswillig werde aber von zum großen Teile landfremden Insurgenten von ihrer Arbeitsstätte ferngehalten und zurückgetrieben.

### Laurahütte von den Polen besetzt.

w. Laurahütte, 8. Mai. Laurahütte wurde gestern vormittag wiederum von polnischen Banden besetzt.

Unerhört!  
w. Gleiwitz, 8. Mai. Die deutsche Abstimmpolitik in Gleiwitz wurde heute von der interalliierten Macht erwürgt, um nach Döbeln abtransportiert zu werden. In Laband wurden die Beamten ohne jeden Widerspruch der französischen Bedeckung von polnischen Aufständischen auf dem Bahnhof aus dem Zuge geholt, bis ans Hemd entkleidet und in eine Scheune gesperrt.

Die Verluste der Insurgenten bei Kandrzin.  
w. Döbeln, 8. Mai. Nach den letzten hier vorliegenden Nachrichten ist Kandrzin, das vorübergehend in der Hand polnischer Banden war, nach schwerem Kampf besetzt worden. Die Verluste der Insurgenten betragen 70 Tote.

Das Plebiszitkommissariat für Deutschland, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die katholische Volkspartei (Zentrum), die Deutsche Demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund richteten an die Interalliierte Kommission in Döbeln ein Telegramm, in dem sie auftrugen, was die Kommission zu tun gedenke, um ihre Aufgabe vom 3. Mai zu verwirklichen.

Aufruf.  
Döbeln, 8. Mai. Da die Erregung der deutschen Bevölkerung in Döbeln wegen eines bevorstehenden Angriffes der polnischen Insurgenten überaus groß geworden war, erließ die Interalliierte Kommission heute Abend zwei Aufrufe an die Bevölkerung, in deren einem sie zur Ruhe und Ordnung mahnt und verpflichtet, einen Angriff auf Döbeln mit allen Kräften abzuwehren. Der zweite Aufruf fordert die Flüchtlinge zum Verlassen der Stadt Döbeln auf, wozu die Interalliierte Kommission besondere Züge bereit stellen wird.

Sicherung der Obererschle.  
w. Döbeln, 9. Mai. Die Interalliierte Kommission sagte auf Antrag der Döbelner Verlade- und Lagerungs-G. m. b. H. die Sicherung der Obererschle und die Erhaltung der Schienenanlagen auf der Strecke Kofel (Oberhafen) bis Sowade zu.

### Gegen Korfantsy Schwindelmannöver.

w. Kattowitz, 8. Mai. Das Plebiszitkommissariat für Deutschland, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die katholische Volkspartei (Zentrum), die Deutsche Demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Gewerkschaftsring sandten an Ludw. George, Brian, Giolitti, Präsident Harding, Lord Curzon und Graf Sforza ein Telegramm, in dem sie darauf hinwiesen, daß die von dem bisherigen polnischen Plebiszitkommissar Korfantsy am 3. Mai den Vertretern der Westmächte unterbreitete Darstellung der Entschcheidung des polnischen Volkes in Oberschlesien der Wahrheit ins Gesicht schlägt. In Oberschlesien habe weder ein Pole noch ein Deutscher auch nur den leisesten Zweifel daran, daß Korfantsy die Seele dieses verbrecherischen Unternehmens und einzig und allein für das furchtbare Unglück verantwortlich sei. Die Pläne seien der interalliierten Regierung und der Plebiszitkommission vorher bekannt gewesen. Unwahrscheinlich sei die Behauptung, daß am 2. Mai sämtliche Gruben und Häfen mit einem mal stillgelegt worden seien. Die allgemeine Arbeits-einstellung vom 3. Mai sei durch die Aufständischen erzwungen worden. Die Aufständischen seien mit Gewehren, Minenwerfern, Leichten und schweren Maschinengewehren und sogar mit Geschützen in einem Umfang ausgerüstet, der monatelange Zufuhren voraussetze. Es sei erwiesen und der interalliierten Kommission be-

kannt, daß diese Waffen aus Polen kommen. Es sei eine unerhörte Annahme, daß Korfantsy im Namen des oberschlesischen Volkes zu reden wage. Diese künstlich entfachte Bewegung werde getragen von den Soldaten Korfantsy, die mit Gewalt die friedliche Bevölkerung zu den Waffen und zur Teilnahme an dem verbrecherischen Putsch zwängen. Die interalliierte Kommission in Döbeln habe in ihrer Bekanntmachung vom 3. Mai anerkannt, daß der Putsch nur von gewissen Teilen der oberschlesischen Bevölkerung getragen sei. Selbst unter den heutigen Verhältnissen sei die überwiegende Mehrheit des oberschlesischen Volkes friedlich und arbeitswillig werde aber von zum großen Teile landfremden Insurgenten von ihrer Arbeitsstätte ferngehalten und zurückgetrieben.

### Polnische Hehe.

Kattowitz, 8. Mai. (Wolff.) Die „Oberschlesische Post“ in Döbeln bringt folgende Anzeige:  
An der untrübnen Front in diesem gigantischen Freiheitskampf Oberschlesiens starben durch die Hand der größten Feinde des polnischen Volkes, teils aus dem Hinterhalt, teils an bereits erlittenen Verwundungen folgende Brüder der Ehrenpall des Freiheitskämpfers: Von der 6. Hundertschaft der Abstimmpolizei Rybnik, Grunpe Gleiwitz, Hundertschaftsführer Hauptmann Walter Lortsch (es folgen drei weitere Namen). Auf Seiten der polnischen Kampforganisation fielen femer: (es folgen sieben Namen). Bewegten Herzens gedenken wir dieser toten Freiheitskämpfer. Wir stehen an ihrem Grabe nicht in tiefer Ergebung, sondern mit fast blütiger Entschlossenheit, auch unter Leben für die endgültige Befreiung des polnischen Volkes in Oberschlesien einzusetzen. Diese Todesfreudigkeit wird gewonnen durch Liebe zum oberschlesischen Volk, zur oberschlesischen Erde und zu unserem Mutterlande Polen. An der Wähe unserer toten Brüder schweben wir, das Freiheitswert in Oberschlesien fortzusetzen bis zum letzten Atemzuge, komme was wolle! Polnische Kampforganisation der polnischen Offiziere und Beamten der Abstimmpolizei Rybnik.  
Dieses Inserat ist nicht zensiert, wohl aber ein Appell der Deutschen an die Gerechtigkeit der Ententeregierungen.

### Der italienische Ministerrat.

(Eigener Drahtbericht.)  
e. Rom, 9. Mai. Der Ministerrat beschäftigte sich gestern mit den Vorgängen in Oberschlesien. Giolitti brachte einen Bericht über die mit den Alliierten zusammengetroffenen Maßnahmen, um die Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen und das Abstimmungsresultat zu wahren. Die öffentliche Meinung in Italien will unbedingt die sofortige und rücksichtslose Unterdrückung der Unruhen.

### Rückwirkung auf den österreichischen Verkehr.

w. Wien, 9. Mai. In einer amtlichen Mitteilung wird darauf aufmerksam gemacht, daß das plötzliche Abreißen der oberschlesischen Kohlenversorgung wegen der dortigen Kämpfe die österreichischen Eisenbahnen zu weitgehenden Verkehrs-einschränkungen nötigen dürfte, die voraussichtlich vom Mittwoch, den 10. Mai an sowohl den Schnellzugs- als auch den Personenzugverkehr treffen werden. Ebenso ist eine Einschränkung des Güterverkehrs vom 10. Mai an geplant.

### Die Vorkonferenz.

Paris, 8. Mai. Der „Petit Parisien“ berichtet einiges aus der gestrigen Vorkonferenz über die oberschlesische Frage. Die Konferenz habe sich einem englischen Vorschlag gegenüber befunden, der durch eine provisorische Regelung die

unflüchtige Lage in Oberschlesien beenden wollte. Danach sollten sofort an Polen die südlichen Kreise Pleß und Rybnitz und an Deutschland die Kreise links der Ober übertragen werden. Der unmittlere Teil, d. h. die eigentliche Industriegegend, sollte unter der Verwaltung der Alliierten bleiben, was den alliierten Truppen gestattet würde, sich dort zur Wiederherstellung der Ordnung zu konzentrieren. Dieser Vorschlag unterläge der Prüfung der verschiedenen Gruppen, jedoch werde keine Entscheidung darüber vor Montag getroffen werden. Immerhin sei es — so meint das Blatt — kaum wahrscheinlich, daß man ihn für annehmbar halte, da er nur eine halbe Lösung darstelle und geeignet sei, die Gemüter aufzuregen. Die Konferenz habe die interalliierte Kommission aufgefordert, eine neue Prüfung des zukünftigen Verlaufs der deutsch-polnischen Grenze vorzunehmen. Gegenwärtig lägen zwei Berichte vor, einer von General Le Rond, der andere von dem italienischen General de Marinis, dem sich auch der englische Oberst Percival angeschlossen habe. Beide Berichte schlugen verschiedene Arten der Teilung Oberschlesiens vor, stimmten aber darin überein, daß Pleß und Rybnitz an Polen und die westlich des Industriegebietes gelegenen Teile an Deutschland fallen sollten. Bertinart spricht sich im „Echo de Paris“ gegen den englischen Vorschlag einer provisorischen Lösung aus, der nur auf dem höchsten Wege zu einem deutsch-polnischen Frieden führen und die Soldaten der Entente zur Unfähigkeit verurteilen würde.

Abgelehnt.

Paris, 8. Mai. Die der „Temps“ mitteilt, hat das militärische Komitee von Versailles die Vorschläge der englischen Regierung, in Oberschlesien die Ruhe und Ordnung dadurch wieder sicherzustellen, daß man das sritische Industriegebiet durch internationale Truppen besetzen lasse, die übrigen Gebiete dagegen Polen beim Deutschland schon jetzt übermitteln soll, abgelehnt. Die militärischen Sachverständigen seien der Ansicht, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ergriffen werden sollten, da sich in übrigen auch die Lage in Oberschlesien zu bessern scheint.

Die polnischen Sozialdemokraten und Studenten.

Warschau, 8. Mai. Gestern abend fand auf dem Theaterplatz eine von mehreren 1000 Personen besetzte Versammlung der polnischen Sozialdemokratischen Partei statt, in der die Sympathie für den Aufstand in Oberschlesien und der Wille, den letzten Blutstropfen für Oberschlesien zu verlieren, kundgegeben wurde. Zur Umschau daran wurde ein Antrag durch die Stadt veranlaßt. Ebenfalls wurde von dem Schloß Belvedere eine Studentenversammlung abgehalten, bei der Kundgebungen für Oberschlesien beschlossen und „Nieder mit Deutschland!“ gerufen wurde.

Das Ultimatum.

Herbesthal.

Brüssel, 8. Mai. Die „Libre belge“ mitteilt, hat der Vorkonferenzrat endgültig beschlossen, daß der Vorkonferenzrat Herbesthal belgisch bleibt. Damit ist also das deutsche Verlangen abgelehnt worden.

Bereit gestellt.

Paris, 8. Mai. Die der „Internationale“ mitteilt, sind die 4. und 5. französische Kanalkommissionen zwischen der englischen und belgischen Besatzungszone der Rheinlande bereitgestellt. Sie sollen innerhalb 24 Stunden nach dem Befehl zur Besetzung des Ruhrgebietes 120 Kilometer vorgehen.

Die Hälfte des Jahrgangs 1919 in den Rheinlanden.

Paris, 8. Mai. Dem „Reit Parisien“ zufolge ist nach Schätzungen in autorisierten Kreisen schon gut die Hälfte der Jahresschulden 1919 in den Rheinlanden angekommen.

Nur Theorie...

Paris, 8. Mai. Der belgische sozialistische Minister für Kunst und Wissenschaft, Desirée, der in dem gestrigen Ministerrat für die Sanktionen gestimmt hat, erklärt dem „Temps“-Korrespondenten:

Theater und Musik.

Drittes Karlsruher Kammermusikfest. Es wird ausschließlich von dem Wiener Rose-Quartett bestritten, das in vier Konzerten eine historische Darstellung des deutschen Streichquartetts geben will. Der erste Abend galt Carl Ditters von Dittersdorf, Haydn und Mozart. Des Ersteren Es-Dur-Quartett Nr. 5, das einleitend zum Vortrag gelangte, ist ein anmutiges, von natürlichem Empfinden erfülltes Werk, das sehr wirksam geschriebe ist und vornehmlich im Alternatim tieferen Klänge anliegt. Es erfährt durch das Rose-Quartett (Arnold Rose, Paul Fischer, Anton Ruschka und den stellvertretenden Cellisten Anton Walter) eine leichtflüssige, beschwingte Wiedergabe. Einige Erläuterungen in der Tonreinheit konnten den günstigen Gesamteindruck nicht wesentlich beeinträchtigen. Dieser war dann hinreichend in dem Mozart-Quartett in D-Dur (Köchel-Verz. Nr. 575) und dem von den Rose-Leuten in unübertrifflicher Meisterschaft gespielten Es-Dur-Quartett von Haydn (op. 70 Nr. 4). Entzückt lauschte man dem sein abgestimmten, von hoher Musikalität zeugenden Spiel der vier Künstler, die Stimmungen von ungewöhnlich Eindringlichkeit erzeugten und immer wieder durch die Pracht und Klangfülle, die ihren Instrumenten entströmten, begaukelten. Sie erzielten ungemein herzlichen Beifall der begeisterten Hörer. Bedauerlich war der schwache Besuch der Veranstaltung. Es ist dringend zu wünschen, daß die nächsten Konzerte des Rose-Quartetts größerem Interesse der hiesigen Musikfreunde begegnen. H. Wd.

„Die heile Nacht“. Ueber die Aufführung des dreiaktigen Schauspiel von Walter von Molo schreibt unser Leipziger Mitarbeiter: An einer einfachen, knappen Fabel versucht Molo

zu zeigen, wie man die dunkel waltenden Lebensmächte überwindet, indem man sich ihnen fügt. Aber es ist, wenn wir ihn recht verstehen, keine Passivität, die uns Molo predigt — wirklich predigt und fast allzu sehr —, sondern der schöne und ewige Glaube, daß Kampf, Zusammenbruch und Chaos zum Weiterbau des Lebens gehören. Als positiver Idealist tritt er einer Welt voll zerfallener Elemente entgegen und wandelt das Minus in ein Pluszeichen, weil das Chaos zur Schöpfung gehört, wie die Sünde zur Reinheit. Kampf, Liebe und Notwendigkeit ist alles; wenn wir die drei besitzen, gibt es keine Schuld, die wir nicht begeben dürfen. Dann dürfen wir, was wir wollen; dann wollen wir, was wir müssen. Allerdings möchte man den Autor nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß es nur einem anspruchsvollen Empfinden genügt, die Lebensansicht, die uns ein Dramatiker zu geben hat, so einfach und schlichtweg in den Dialog hineingekleidet zu finden. Der höhere Anspruch will sich diese Lebensansicht aus den Gestalten und der Gestaltung selbst herausheben; er will den Dichter und seine fittliche Arbeit aus der künstlerisch geformten Lebenswelt des Dramas erfassen und ist lehrhaft und zitterbarer Dialogstellen gegenüber unzugänglich.

Dieses Schauspiel stellt sich als ein vertieftes, ernstes Ebehrschickel dar. Ein Ebehrschickel unter tiefen Menschen ist keiner; ihm fehlen die Voraussetzungen der Frivolität und die konventionellen Folgen; er liebt unter der Dämone einer Notwendigkeit. So auch hier. Jene gibt sich in einer Mondnacht am Meer dem Ingenieur Helberg hin, weil dieser Vereinfachte Schnur nach seiner verstorbenen Frau fähig, die ihn, beinahe mit dem Gatten Jannes betrogen hätte. Jannes liebt in Helberg nur ihren Georg und sie würde ihm sicherlich alles freiwillig bekannt haben, auch

Kommunistische Kundgebungen in dem Pariser Vorort St. Germain.

(Eigener Drahtbericht.) e. Paris, 9. Mai. Im Faubourg St. Germain fanden am Sonntag vormittag große kommunistische Kundgebungen statt gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Es nahmen 40 000 Personen daran teil. Nach zweistündigen Reden und nach dem Abingen von Liedern wurde die Versammlung aufgelöst. Vor den Toren von Paris wurde der Versuch gemacht, trotz des polizeilichen Verbots mit roten und schwarzen Fahnen in die Stadt einzuziehen. Es kam zu Streitigkeiten mit der Polizei, die aber die Ruhe bald wieder herstellte.

Die C. G. T.

w. Paris, 8. Mai. Der Allgemeine Arbeiterverband (C. G. T.) hat den Nationalrat auf den 12. und 13. Mai nach Paris zusammenberufen, um gegen die Politik der Sanktionen Stellung zu nehmen. Der Verwaltungsrat will auf neue eine praktische Lösung der Probleme finden, die zu einem wahren Frieden führen sollen und außerdem sich nochmals mit dem Wiederaufbauprogramm beschäftigen.

Salandra.

Rom, 8. Mai. Nach einer Stefaniemeldung aus Bari hob der ehemalige Ministerpräsident Salandra in einer Rede hervor, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau durch emsige Arbeit und Verringerung der Ausgaben, besonders aber durch die Rückkehr zur freien Wirtschaft schnell verwirklicht werde, die zwanagsweise Bewirtschaftung der Produktion, des Warenaustausches, des Transportwesens und der Güterverteilung habe banfrott gemacht. Italien, das den inneren und äußeren Frieden wünsche, müsse aus seinem Siege die Kraft zur Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten schöpfen, wie England, Frankreich und Belgien. Italien habe nicht alle Früchte seines Sieges erlangt, insbesondere sei die Abfrage nicht zur vollen Befriedigung gelöst. Der Verzicht auf Valona und Sebenico sei schmerzhaft. Die gegenwärtige Generation könne aber mit dem Erreichten zufrieden sein. Salandra schloß mit einem Aufruf zur Zusammenarbeit mit der Regierung zur Herbeiführung des inneren Friedens und der Sicherung des Wiederaufbaus.

Die Mitarbeit Amerikas.

Paris, 8. Mai. Havas meldet aus Washington: Die von den Vereinigten Staaten an die alliierten Regierungen gerichtete Note zeigt den Empfang der durch den englischen Vorkonferenzrat in Washington übergebenen Mitteilung der Alliierten an und teilt mit, daß die Vereinigten Staaten die Einladung annehmen, sich bei den Stungen des Obersten Rates, der Reparationskommission und des Vorkonferenzrates vertreten zu lassen. Dann fährt die Note fort:

Bei aller Wahrung unserer überlieferten Politik, uns von allen Angelegenheiten von rein europäischer Bedeutung fern zu halten, verfolgt die Regierung der Vereinigten Staaten doch mit größter Anteilnahme die Fragen einer geeigneten wirtschaftlichen Regelung und einer billigen Lösung der Angelegenheiten, die für die ganze Welt von Bedeutung sind, welche in den Konferenzen beraten werden. Die Regierung wünscht daher, sich nützlich an den Beratungen zu beteiligen, welche über diese Frage stattfinden.

e. London, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Aus Washington wird gemeldet: Staatssekretär Hughes hatte am Samstag mit alliierten Pressevertretern eine Besprechung, in der

er sagte: Wenn die Vereinigten Staaten an den Beratungen wieder teilnehmen, so geschieht das hauptsächlich deshalb, um die Frage der allgemeinen Abrüstung in der nächsten Alliiertenkonferenz zur Sprache zu bringen. Der neue amerikanische Botschafter in London ist ermächtigt, diese Frage bei nächster Gelegenheit in Besprechungen mit alliierten Regierungsvertretern aufzurollen.

Die Amerikaner wollen ihre rückständigen Zinsen.

Paris, 8. Mai. „Newport Herald“ meldet aus Washington, daß Senator Norris an den Vorkonferenzrat einen Antrag auf sofortige Einziehung der rückständigen Zinsen der alliierten Schulden bei den Vereinigten Staaten eingebracht habe.

Die Resolution Anoz.

(Eigener Drahtbericht.) e. Washington, 9. Mai. Die Leiter der republikanischen Partei haben vorgeschlagen, daß die Annahme der Resolution Anoz verjagt werden, bis Europa die ganze kritische Situation überwunden habe, die gegenwärtig herrsche. Erst dann solle sich das Repräsentantenhaus wieder mit dieser Frage befassen.

Der deutsche Volksgeist in Tirol.

Kein Land ist wohl mehr von deutschen Reisenden aufgesucht worden als Tirol. Trotzdem machen wir uns von seinen Bewohnern eine meist falsche Vorstellung. „Ihr Reichsdeutschen“, sagte mir ein Innsbrucker Professor, „seid gewohnt, uns Tiroler durch die roffe Brille des Vergnügungstouristen zu betrachten.“ Wer sich das Jahr über im Berufe abgehenden hatte, atmete dort einige Wochen lang im Geiste der Vergnügung auf. Er schämte über ferne Bergsteigen und Jodeln und übertrag sein eigenes, überprudelndes Lebensgefühl auf die Bevölkerung. So entstand der Salonstrolcher, der sich im Alpenfortritt überaus echt vorkam und allerdings rohe Späße anzuhören zu müssen glaubte. Der wirkliche Tiroler indes besitzt durchaus keinen Humor. Er ist im Gegenteil wortfarg und phlegmatisch wie der Norddeutsche. Schwer läßt er sich aus seinem Gleichmut bringen, noch schwerer ist sein realer Sinn von Ideen zu überzeugen. Auch äußerlich erscheint er im Gegensatz zu den geräuschvollen Oberbayern still und verschlossen. Eine Ruhe, unter der hartes Selbstbewußtsein und wahnsinnige Schamhaftigkeit liegt. Seine Dickköpfigkeit ist selbst in Tirol sprichwörtlich. Vernünftig jedoch wie er jedem Zwange Widerstand entgegenstellt, hält er an dem einmal Beschlossenen fest. Alle diese Eigenschaften kennzeichnen ihn trotz seiner auf romantischen Einschlag deutenden schwarzen Haare und dunkler Hautfarbe als urdeutsch. „Wir Tiroler waren deutsch; wir sind deutsch und werden immer deutsch bleiben“, lautete während der Abstimmung das Votingswort der Führer, dem bis in die fernsten Alpenhöfen und hochalpen Heilbrunn entgegengehalten.

Die Spuren der Ureinwohner Tirols verkörpern sich in urgeschichtlichen Denkmälern. Vermutlich waren es Keltier und Etrusker mit keltischer Grenzbevölkerung. Als Römer wurden sie nach offener langem Widerstande um die Wende unserer Zeitrechnung dem römischen Reiche einverleibt. An Stelle des heutigen Meran lag damals die lagenumwobene römische Stadt Maja. Während der Völkerwanderung wurde Tirol im Süden von den Vangobarden, im Norden von den Bajuwaren (Bayern) durchdrungen. Zweifelslos stammen die lateinischen Sprachgebiete Südtirols noch aus jenen Zeiten her. Denn die Vangobarden nahmen römische Kultur und Sprache an, ebenso wie sie, obwohl ursprünglich Ariener, bald das strenggläubige Christentum einführten. Im Verlaufe des Mittelalters wurde das Land mit zahlreichen Burgen überzogen, die z. T. noch heute den Reisenden von holzer, steiler Höhe grähen. Ihr starrer Bau erinnert an das wilde Hauptrecht, das Tirol mehr als andere deutsche Lande verheerte. Vielen dieser Burgenruinen, wie z. B. der Burg Schöffenstein bei Landeck mit ihrer über zwei Hufen gespannten Zugbrücke und den steil zu ihr aufwärtshenden Mauerzinnen, sieht man es deutlich genug an, daß ihre Bewohner Urträge gehabt haben, sich den Armen menschlicher Gerechtigkeit in möglichst unerschöpfbare Ferne zu entziehen. Obwohl das Land in den Bischöfen

von Brigen und Trient eine kluge Führung besaß, strebte sein Adel doch frühzeitig nach einer unabhängigen weltlichen Machstellung. Nach furchtbaren Kämpfen zwischen den Geschlechtern, die damals das wilde Eisenthal durchzogen, erlangten die Grafen von Tirol die Oberhand über die Grafen von Eppan. Es gelang ihnen, sich aus der Abhängigkeit von den Bischöfen zu befreien und in ihrer Burg Tirol bei Meran das ganze Gebiet, dem sie ihren Namen gaben, zu beherrschen. Mit Tirol das burgenreichste aller deutschen Länder, so bildet das Eisental bis Salurn die burgenreichste Gegend Tirols. Hier spielte sich die älteste Geschichte des Landes ab, deren Schwergewicht sich erst später unter den Habsburgern nach Norden verlegte, wo Innsbruck die alte Hauptstadt Meran ablöste.

Als der eigentliche Begründer der gestifteten Grafschaft Tirol gilt Meinhard II., dem die Kaiserin Elisabeth, der Witwe des deutschen Kaisers Konrad IV. von Hohenstaufen, für seine Anlehnung sehr zugute gekommen war. Ihr Sohn aus erster Ehe war der unglückliche Herzog Apolloninger Konradin. Durch Vermählung der Tochter Meinhards und Elisabeths mit Albrecht, dem Sohne Rudolfs von Habsburg, wurde diese die Stammutter des habsburgischen Hauses, wodurch zugleich die spätere Erwerbung Tirols für diese Dynastie vorbereitet war. Durch die Abdankung Margarete Maultasch ging Tirol an die Habsburger über, denen das Land Jahrhunderte lang unüberwindliche Treue gehalten hat. Erst jetzt, nach dem Sturze der Habsburger Dynastie, hatten sich die Tiroler dieser Treue entbunden und wollen sich dem deutschen Mutterlande anschließen, von dem sie bisher die vererbten Traditionen zum österreichischen Kaiserthum trennten. Denn zwei Tugenden sind es, die die Geschichte dieses deutschen Volksstammes in hohem Maße krönen: die Treue und die Freiheitsliebe. Ein freier Bauernstand kämpfte schon im Anfang des 13. Jahrhunderts gegen den Adel für Recht und Leben, und die letzten Reste einer Leibeigenschaft waren bereits lange vorher aufgehoben worden. Bis auf die neueste Zeit wußten die Tiroler ihre Sonderrechte innerhalb der österreichischen Monarchie zu bewahren, zu denen u. a. auch das Recht des Vorkaufens für jedermann gehört. Noch heute vergißt man es den Bayern nicht, daß sie während ihrer kurzen Herrschaft in Tirol die alten Vorkaufrechte des Volkes abzuschaffen suchten. „Wir Tiroler vergessen schwer“, sagte mir ein hervorragender Führer der Abstammungsbewegung, „wir wollen ein freies Volk im großen Mutterlande sein. Zwang wissen wir mit eiserner Energie abzuwehren. Aber wo so treuer stehen wir zu der selbstherrlichsten Sache. Tatsächlich hat die Geschichte des Landes Tirol kein Blatt der Untreue aufzuweisen. In allen Stürmen, die von außen eindringen, hielt das Volk treu zu den Habsburgern, mochte selbst Papst und Kaiser Nacht und Tag über ihren Herzog verhängen. Tirols haben die Franzosen, obwohl von den tapferen Bayern unterstützt, eine so harte Klappe des Widerstandes gefunden, wie im Lande Tirol. Seine Bauern kämpften noch fort, nachdem schon die Landesfürsten ringsum ihre Waffen gestreckt hatten.

Die Tiroler Freiheitskriege vom Jahre 1809, deren Gedanke gegenwärtig in Tirol wieder aufsteigt, waren vornehmlich Bauernkämpfe. Sie entsprangen durchaus dem Selbstbewußtsein eines um seine Freiheit kämpfenden Bürgerthums, nicht jedoch der monarchischen Idee. „Weil die Bayern den Friedensvertrag nicht halten, darum halten wir ihn auch nicht“, hieß das treibende Wort.

Wer an Gichtleiden leidet hätte sich mit dem Meiler zu wenden. Billig gefasert, dabei erhaben, leicht fühlend ist das in allen Proportionen übereinstimmende Gichtleiden-Produkt, welches durch die Hallsen-Schleifen verlaufend schnell entfernt wird. Der schmerzhafteste Druck verschwindet bald nach dem Anlegen. Die Mittel vermindern nicht und bleiben ohne Schaden. Preis 2, und 3 Mk. Drogerie G. A. S., Kurvenstr. 17 u. Kaiserstr. 245

Veit Groh & Sohn  
Herren-Maß-Schneiderei  
Anruf 5009. Tuchlager Kaiserstr. 17a.

menn Georg sie nicht überascht hätte. Georg bricht von Eifersucht und Seelenqual bis zum körperlichen Krampf geschüttelt, zusammen. Nicht der äußere Umstand, daß Helberg sich wiet, sondern daß ein Mensch sich opfert, gibt Georg den Glauben und die seelische Genugung wieder. Es bleibt für den 3. Akt nichts mehr übrig, als eine Anprange der Wiedervereinigten an ein schwärmerisches Mädchen und der schöne Versuch, den Kindern und noch vielen anderen als Beispiel überwundenen Kampfes und erfüllten Lebens zu dienen. Das ist zu wenig. An unmittlbar aus seinen Gestalten sprechendem Menschentum ist dieses Schauspiel arm, allzu reich aber an einem Menschentum, das gewiß sehr achtbar und sympathisch, aus dem Dichter redet. Für die Hauptdarsteller besteht die Schwierigkeit darin, zu vermeiden, daß man das in die Gestalten eingesehene ethisch-philosophische Urmotiv einbüßig reden hört. — Der Autor konnte für die verdiente Achtung, die man ihm bezeugte, danken. Hans Ratonel.

Kunst und Wissenschaft.

Das erste deutsche Forschungsinstitut für klinische Pharmakologie tritt jetzt am Eppendorfer Krankenhaus in Hamburg ins Leben. Es soll eine enge Verbindung der pharmakologischen Wissenschaft und Forschung mit der Praxis am Krankenbett in die Wege leiten, angewandte Pharmakologie betreiben, während bisher der Pharmakologe die Wirkung der Arzneimittel an gesundem Tier oder an einzelnen Organen studierte, obwohl erfahrungsgemäß die Eingriffe medikamentöser Art auf den gesunden Organismus anders wirken als auf den Kranken. In Hamburg soll daher, wie der ärztliche Direktor des Eppendorfer Krankenhauses, Prof. Brauer,

in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift ausführt, das Ziel, die arzneiliche Behandlung der Patienten praktisch und wissenschaftlich zu fördern, dadurch erreicht werden, daß ein Pharmakologe hauptsächlich mit den Klinikern zusammenarbeitet und daß beide sich ergänzen. Die Klinikern müssen für die Behandlung der Kranken und für die Beobachtung am Krankenbett verantwortlich bleiben, der Pharmakologe aber soll die arzneiliche Therapie in ihrer Ausübung am Kranken eingehend beobachten können. Das Institut ist von Freunden der Wissenschaft mit Stützungsmitteln ausgestattet worden. Der Leiter erhält eine nicht planmäßige außerordentliche Professur an der Universität. Das Institut wird keine untergeordnete Abteilung der Klinik, sondern wie die anderen Eppendorfer Forschungsanstalten, die für Krebsforschung, für Schilddrüsenerkrankungen und Hefen, für Psychologie, eine freie wissenschaftliche Forschungsstätte.

Deutscher Künstlererfolg in Neuyork. Auf einer Neuyorker Kunstausstellung ist jetzt ein großes Delbild von Heinrich Campendonk, dem Münchner Maler, in Privatbesitz übergegangen, und der Künstler erhielt, wie die Sozialistische Kunstchronik mitteilt, für 1923 die Einladung, eine umfangreiche Gemäldenausstellung in Neuyork zu zeigen. Personalien. Am 19. April verschied der ord. Professor der Medizinischen Fakultät an der Technischen Hochschule zu München, Diplom-Ing. Dr. phil. Dr. Ing. Camerado Camerado im Alter von 52 Jahren. Camerado war zu Karlsruhe i. B. geboren. 1897—1901 war er Assistent und Privatdozent an der Technischen Hochschule zu Darmstadt, 1901/02 Ingenieur bei Friedlöhners Söhnen u. Co. in Göttingen. Michaelis 1902 übernahm er meyer die a. o. Professur für Wassertrastmaschinen an den Maschinenbau und wurde hier später zum Ordinarius befördert. Camerados Schriften betreffen besonders Maschinenbau, Schaufelmaschinen, Wasserbau und Wassertrastmaschinen.